

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:366871-2015:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Hannover: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
2015/S 202-366871**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2004/18/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Diakoniekrankenhaus Henriettenstiftung gGmbH

Marienstraße 72-90

Zu Händen von: Herr Michael Glugla

30171 Hannover

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 5112892541

E-Mail: michael.glugla@ddh-gruppe.de

Fax: +49 5112892052

Weitere Auskünfte erteilen:

D&K drost consult GmbH

Kajen 10

Zu Händen von: Frau Anja Hustedt

20459 Hamburg

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 4036098426

E-Mail: a.hustedt@drost-consult.de

Fax: +49 4036098411

Internet-Adresse: <http://www.drost-consult.de>

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

D&K drost consult GmbH

Kajen 10

Zu Händen von: Frau Anja Hustedt

20459 Hamburg

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 4036098426

E-Mail: a.hustedt@drost-consult.de

Fax: +49 4036098411

Internet-Adresse: <http://www.drost-consult.de>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

D&K drost consult GmbH

Kajen 10

Zu Händen von: Frau Anja Hustedt

20459 Hamburg
DEUTSCHLAND
Telefon: +49 4036098426
E-Mail: a.hustedt@drost-consult.de
Fax: +49 4036098411
Internet-Adresse: <http://www.drost-consult.de>

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Sonstige: Krankenhausträger
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Gesundheit
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**
Erstellung eines-Mutter-Kind-Zentrums der DDH-Klinik für Geburtshilfe am Standort des Kinderkrankenhauses Auf der Bult in Hannover, Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI.
- II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**
Dienstleistungen
Dienstleistungskategorie Nr 12: Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hannover.
NUTS-Code DE92
- II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag
- II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**
- II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**
Die Diakoniekrankenhäuser Henriettenstiftung, Friederikenstift und Annastift sind freigemeinnützige Krankenhäuser in Trägerschaft der Diakonischen Dienste Hannover gGmbH (DDH). Die Unternehmensgruppe besteht seit dem Jahr 2006 und hat sich dem Diakonischen Werk der Ev.-luth. Landeskirche Hannover als Dachverband angeschlossen. Die DDH gehören neben der Medizinischen Hochschule Hannover und der kommunalen Unternehmensgruppe Klinikum Region Hannover zu den stärksten Teilnehmern am hannoverschen Markt. Die Diakoniekrankenhäuser legen insbesondere Wert auf die Verbindung von Tradition und Moderne.
Die geburtshilfliche Klinik der DDH verteilt sich auf zwei Standorte: Im Stadtteil Kirchrode befindet sich die Abteilung des Diakoniekrankenhauses Henriettenstiftung (Level 1), in der Calenberger Neustadt hat das Diakoniekrankenhaus Friederikenstift seine Geburtshilfe (Level 4). Mit dem Kinder- und Jugendkrankenhaus AUF DER BULT mit Standort in Hannover besteht seit Jahrzehnten eine zuverlässige und erfolgreiche Kooperation. Gemeinsam betreiben die Partner das Perinatalzentrum Hannover am Standort Kirchrode. In den geburtshilflichen Abteilungen der DDH werden Geburten individuell, sanft und unter maximaler Sicherheit durchgeführt.

Besonders das Level-1-Haus sieht sich ständig steigenden medizinischen und pflegerischen Anforderungen ausgesetzt, um den Status als Perinatalzentrum Level 1 zu halten. Seit 2005 hat der Gemeinsame Bundesausschuss in regelmäßigen Abständen höhere Strukturanforderungen für die Versorgung von Früh- und Reifgeborenen festgelegt, wodurch ein wirtschaftlicher Betrieb dieser Einrichtung die Kooperationspartner vor große Herausforderungen stellt.

Die Diakonischen Dienste Hannover planen daher, zusammen mit dem Kinder- und Jugendkrankenhaus auf der Bult ein gemeinsames „Mutter-Kind-Zentrum“ am Standort des Kinderkrankenhauses auf der Bult aufzubauen und zu betreiben. Dazu sollen die geburtshilflichen Abteilungen der DDH an einem Standort zentralisiert werden, an dem sich dann der pädiatrisch-neonatologische Teil räumlich und inhaltlich anschließt und somit in eine funktionale Einheit überführt wird. Mit diesem Mutter-Kind-Zentrum in Niedersachsen soll eine patientenorientierte, sichere und hochqualitative Versorgung von Mutter und Kind in optimalen Kostenstrukturen erreicht werden. Gleichzeitig soll mit dem Mutter-Kind-Zentrum den steigenden Patientinnenzahlen aufgrund des geburtshilflichen Konzentrationsprozesses in der Region Hannover Rechnung getragen werden.

Bei einer Verschmelzung der beiden geburtshilflichen Standorte an den Standort auf der Bult wird die größte Geburtsklinik Niedersachsens entstehen. Die Kooperationspartner sind sich einig, dass auf Basis der gegenwärtigen und der zu erwartenden Geburtenzahlen der DDH planerisch rund 4 500 Geburten pro Jahr vorzusehen sind. Für den Betrieb des gemeinsamen Mutter-Kind-Zentrums sind drei von insgesamt vier Etagen des bereits bestehenden so genannten Regiegebäudes des Kinder- und Jugendkrankenhauses vorgesehen. Das Gebäude erstreckt sich vom Sockel- über das Erdgeschoss bis in das zweite Obergeschoss. Es wurde 2014 neu erstellt und wird derzeit als Ausweichgebäude durch das Kinderkrankenhaus genutzt. Voraussichtlich ab Mitte 2017 wird das Gebäude frei und kann zur Nachnutzung durch das Mutter-Kind-Zentrum umgebaut werden.

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie hat das Architekturbüro Iohrarchitektur GmbH, Hannover, eine Einschätzung zur baulichen Machbarkeit des angestrebten Raum- und Funktionsprogramms auf der zur Verfügung stehenden Fläche durchgeführt.

Ergebnis ist, dass für die erwarteten Leistungszahlen und notwendigen Infrastrukturen zusätzlich zum bestehenden Regiegebäude der Neubau eines weiteren Gebäudekörpers zwingend erforderlich ist, der zusammen mit dem Bestandsgebäude eine funktionale Einheit bilden soll.

Die Machbarkeitsstudie wird allen Bietern mit der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt. Die Verfasser der Machbarkeitsstudie sind nicht von dem Verfahren ausgeschlossen.

Die oberen drei Geschosse des Bestands-/Regiegebäudes (EG – 2. OG) weisen eine Bruttogeschossfläche von insgesamt 3 660 m² BGF auf; für den Neubau kommen ca. 4 560 m² (BGF) hinzu. Als Nutzflächen wurden 1 830 m² NF (Regiegebäude) und 2.290 m² (Neubau) ohne Verkehrs-, Funktions- und Konstruktionsfläche angesetzt. Dieser Bereich umfasst neun Kreißsäle, zwei Sectio-OPs sowie Patientenzimmer mit insgesamt 74 Betten.

Der derzeitige Planungsstand weist nur einen sehr geringen Flächenansatz für infrastrukturelle Flächen aus, da die Versorgung und Entsorgung des Mutter-Kind-Zentrums (z. B. bzgl. Abfall, zentraler Medien, technischer Dienstleistungen etc.) aus dem Bestand des Kinder- und Jugendkrankenhauses erfolgt bzw. von dort aus eingekauft wird.

Die Baumaßnahme muss ohne Beeinträchtigung des Betriebs im Untergeschoss des Bestandsgebäudes (Radiologie) erfolgen.

Die Realisierung der Baumaßnahme ist für das Jahr 2018 vorgesehen.

Die planungsbegleitende Beratung mit der OFD zur Erstellung der baufachlichen Antragsunterlagen (FA-Bau) ist zeitnah nach Vertragsabschluss geplant und soll in einer Vorlage der FA-Bau Mitte 2016 münden.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

— Leistungsphasen 1 bis 4 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI,

— Leistungsphasen 5 bis 7 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG,

— Leistungsphasen 8 und 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG.

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch die D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
71300000

II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) **Lose**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen für die Technische Ausrüstung auf ca. 1 260 000 EUR inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

II.2.2) **Angaben zu Optionen**
Optionen: ja
Beschreibung der Optionen: — Leistungsphasen 5 bis 7 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG.
— Leistungsphasen 8 und 9 Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppen 1-8 gem. § 53 (2) HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG.
Voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen:
in Monaten: 34 (ab Auftragsvergabe)

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**
Laufzeit in Monaten: 34 (ab Auftragsvergabe)

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**
Deckungssummen der Berufshaftpflicht: Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1 500 000 EUR (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500 000 EUR (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus Verträgen mit

anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der Bewerber insofern seine Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung des Bewerbers, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.).

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen:

(A) Es muss eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft unterschriebene Erklärung vorliegen, dass die Bietergemeinschaft im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haftet.

(B) Es muss ein bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bietergemeinschaft legitimiert ist.

(C) Es ist durch eine Eigenerklärung sicherzustellen, dass der bevollmächtigte Vertreter der Bietergemeinschaft während der gesamten Projektlaufzeit die Oberaufsicht über die Bietergemeinschaft inne hat und direkter Ansprechpartner für alle Belange der Auftraggeberin ist.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen**

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 4 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Für die geforderten Angaben sind Formblätter auszufüllen. Diese sind erhältlich auf der Internetseite www.drost-consult.de. Für den Zugang zu den Bewerbungsunterlagen ist eine Registrierung unter Angabe des Namens, der Firma und der E-Mail-Adresse auf der Internetseite www.drost-consult.de notwendig. Alternativ können die Unterlagen auch schriftlich oder unter der E-Mail-Adresse a.hustedt@drost-consult.de angefordert werden.

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Formblatt (Bewerbungsbogen) und den darin geforderten Angaben einzureichen. Nichtverwendung des Bewerbungsbogens und fehlende Unterschrift führen zum Ausschluss. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: (A) Ein aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1 500 000 EUR für Personenschäden, mind. 500 000 EUR für sonstige Schäden, jeweils 2-fach maximiert).

(B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren (je Jahr: 2012, 2013, 2014). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 800 000 EUR (netto) erreichen.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert

erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

(A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen

— Ingenieur/in für die Leistung Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI

(HLS, Anlagengruppen 1-3) oder (ELT, Anlagengruppen 4+5).

(B) Nachweis der erbrachten Leistungen durch zwei Projekte.

Mindestens eines der beiden Projekte muss innerhalb der vergangenen 5 Jahre (Stichtag 1.1.2010) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und der Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Als zweites Projekt ist auch ein Projekt zugelassen, das erst mit der Leistungsphase 4 abgeschlossen ist. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild, Leistungsphasen und Anlagengruppen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 bzw. 4 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 400 gem. DIN 276), Angabe der bearbeiteten Bruttogeschossfläche (BGFa gem. DIN 277), der Nennung des maßgeblich beteiligten Projektleiters und ggf. beteiligter Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherrn mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherrn einzureichen. Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlich geförderten Bauvorhaben und im Krankenhausbau mit Intensivstation oder Funktions- oder Operationsbereichen nachzuweisen.

(C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten 3 Jahre (je Jahr 2012, 2013, 2014).

Im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (HLS, Anlagegruppen 1-3) sind mind. 4 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

Im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI (ELT, Anlagegruppen 4+5) sind mind. 4 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: ja

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 55 HOAI (HLS und ELT) gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl 3: und Höchstzahl 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer: Mindestzahl 3, Höchstzahl 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Die Auftraggeberin wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die sie zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand von zwei eingereichten Referenzprojekten in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-3 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder einer Referenzbestätigung des Auftraggebers (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 20 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien

1. Fachlicher Wert. Gewichtung 20
2. Qualität. Gewichtung 25
3. Umwelteigenschaften. Gewichtung 15
4. Kundendienst. Gewichtung 10
5. Ausführungszeitraum. Gewichtung 10
6. Preis/Honorar. Gewichtung 20

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags

nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 11.11.2015 - 12:00

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

12.11.2015 - 14:00

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**
Deutsch.

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

Die Auftraggeberin beabsichtigt eine stufenweise Beauftragung der Leistung.

Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung ausschließlich auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.drost-consult.de>

Voraussichtliche Termine der Verhandlungen:

Aufforderung zur Angebotsabgabe 50. KW 2015, Abgabe der Honorarangebote 01. KW 2016,

Verhandlungsgespräche 02. KW 2016.

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n):

Offizielle Bezeichnung: Erstellung eines Mutter-Kind-Zentrums der DDH-Klinik für Geburtshilfe am Standort des Kinderkrankenhauses Auf der Bult in Hannover, Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr -Regierungsvertretung Lüneburg-

Auf der Hude 2

21339 Lüneburg

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 4131151334

Internet-Adresse: <http://www.mi.niedersachsen.de>

Fax: +49 4131152943

Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr -Regierungsvertretung Lüneburg-

Auf der Hude 2

21339 Lüneburg

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 4131151334

Internet-Adresse: <http://www.mi.niedersachsen.de>

Fax: +49 4131152943

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB

unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber der Auftraggeberin nicht unverzüglich gerügt hat.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr -Regierungsvertretung
Lüneburg-

Auf der Hude 2

21339 Lüneburg

DEUTSCHLAND

Telefon: +49 4131151334

Internet-Adresse: <http://www.mi.niedersachsen.de>

Fax: +49 4131152943

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

13.10.2015